

FDP
Die Liberalen



SCHAFFHAUSER FREISINN

Schaffhausen	2/3/4/5	Interview	10/11	Delegiertenversammlung	14/15	Abstimmungen	19
Unsere Mentees	6/7	Porträt	12	Unter Freisinnigen	18	NEIN zur Minder-Initiative	20/21/22

12. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schaffhausen

Inhalt

Generationensolidarität im Arbeitsalltag

Durch die steigende Lebenserwartungen müssen immer weniger Erwerbstätige für die Rente von immer mehr älteren Personen aufkommen. Um die Finanzierung der Sozialwerke langfristig zu sichern, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Welche Massnahmen die FDP zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für die über 55-Jährigen ergreifen will, lesen Sie auf

Seite 9

Delegiertenversammlung

Am 2. Februar trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz in Zürich zu ihrer ersten Versammlung im Jahr 2013. Dabei verabschiedeten sie nicht nur ein Papier zur Infrastrukturpolitik der FDP, sondern fassten auch die Nein-Parole zur Revision des Raumplanungsgesetzes. Eindrücke der Delegiertenversammlung finden Sie auf den

Seiten 14 und 15

NEIN zur Minder-Initiative

Im «Freisinn» kreuzen Gabi Huber und Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) die Klinge hinsichtlich der Minder-Initiative. Die FDP-Fraktionspräsidentin setzt sich weiterhin vehement für den indirekten Gegenvorschlag ein. Ihre Argumente finden Sie auf den

Seiten 20 und 21

Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgießerei: Ja

Thomas Hauser,
Kantonsrat und Grossstadtrat

Dem ehemaligen Schaffhauser Industrie-Quartier Mühllental, das lange als Zentrum des Werkplatzes Schaffhausen galt, soll in den markanten und für die Schweiz einmalig grossen Fabrikhallen neues Leben eingehaucht werden. Die einst weltbekannte Giesserei wird einer ganz neuen Zielgruppe von verschiedensten Nutzern und Profiteuren zur Verfügung gestellt.

Die kantonalen Schulen BBZ und KVS können endlich an bester und zentraler Lage die Bundesvorschriften im Bereich Schulsport erfüllen. Verschiedene Sportvereine erhalten für den Breitensport die dringend notwendige Trainingsinfrastruktur. Kulturschaffende sehen einer neuen Plattform für Musik, Theater, Konzerte und Ausstellungen entgegen. Dem Kongress- und Veranstaltungstourismus winkt im kleinen Paradies eine von der Bevölkerung von Kanton und Stadt Schaffhausen schon seit Jahrzehnten gewünschte zeitgemässe Infrastruktur.

Die grosse Veranstaltungshalle, die multifunktionale Querhalle mit besonderem Ambiente und die neue Sporthalle können von Kanton und Stadt zu finanziell guten Konditionen für 30 Jahre gemietet werden. Die Stahlgies-



serei liegt mit ihrem neuen, breiten Angebot verkehrstechnisch an bester Lage und kann vom ganzen Kanton her mit dem öffentlichen Verkehr erreicht werden. Ein zentraler Bushof beim Bahnhof und das neue Gleis 6 der Schaffhauser S-Bahn bieten dafür Gewähr. Auch aus nationaler oder internationaler Optik könnte das neue Veranstaltungsangebot nicht besser liegen. Möglich wird diese günstige Synergie aber nur dank der geplanten Mietlösung. Die öffentliche Hand könnte ein derart grossartiges Angebot im Alleingang wohl kaum bereitstellen, denn dazu fehlen sowohl die Landflächen wie die nötigen Finanzen.

Zusammen mit den neuen Überbauungen Landhaus, Bleiche und Diana-Areal entsteht hinter dem Bahnhof

Schaffhausen ein neuer Stadtteil mit einer überregionalen Bedeutung und positiven Auswirkungen in verschiedenen Bereichen für den ganzen Kanton. Man kann mit Fug und Recht von einem Leuchtturmprojekt sprechen.

Wenn zwei Exekutiven wie Regierungsrat und Stadtrat, zwei Parlamente wie Kantonsrat und Grosser Stadtrat, zwei Investoren und die Wirtschaftsförderung derart geschlossen hinter einer Vorlage wie der Stahlgießerei stehen, dann muss es sich um ein lohnendes, für die Bevölkerung wichtiges, wertvolles und nachhaltiges Projekt handeln.

Dass es aber tatsächlich realisiert werden kann, muss es am 3. März 2013 an der Urne heissen: «Stadt und Land miteneinander – Stahlgießerei JA».

Gesundheitspolitische pitfalls* – gegen die auch eine FDP nicht gefeit ist

Richard Altorfer, Dr. med., ehem. Kantonsrat FDP, ehem. Hausarzt, als Medizinpublizist inzwischen ebenfalls anderweitig am Kuchen knabbernd (wenn auch, hoffentlich, Nutzen stiftend)

Teil I

Gesundheitspolitik überfordert, so scheint es, alle. Vor allem die Politiker in Bern. Die Entwicklung der vergangenen Jahre lässt keinen andern Schluss zu. Lassen wir einige der Politikfelder stichwortartig Revue passieren (die Reihenfolge ist zufällig, die Aufzählung bei weitem nicht vollständig – s. Kästchen).

Objektiv – gibts nicht

Die Akteure in diesen Feldern sind zahlreich und vertreten alle unterschiedliche, oft nicht miteinander vereinbare Interessen. Schlimmer noch: Einzelne Akteure vereinen in sich gegensätzliche Anliegen. Die kantonalen Exekutiven beispielsweise sind Betreiber der Spitäler, Einkäufer von Dienstleistungen, Arbeitgeber, Bewilligungsinstanz für Anbieter (Arztpraxen und Spitäler, mithin also von Konkurrenten ihrer eigenen Spitäler) und

- KGV-Revision
- Leistungskatalog
- Alternativmedizin
- Kostenexplosion
- Prämienverbilligung
- Präventionsgesetz
- DRG
- Tarmed
- Zulassungsstopp für Ärzte
- Selbstdispensation
- Hausärztemangel
- Förderung der Hausarztmedizin
- Spitalplanung
- Spitallisten
- Managed Care
- Analysenliste für Praxislabor
- Spitzenmedizin
- Medikamentenpreise
- Einheitskasse

Tarifverantwortliche (für Tarife, von denen sie selber profitieren oder die sie selber bezahlen müssen). Die Patienten ihrerseits, wir alle also in bestimmten Phasen unseres Lebens, verlangen im Falle des Falles nicht nur optimale, sondern maximale medizinische Dienstleistungen und sind gleichzeitig Prämien- und Steuerzahler, die für Prämienverbilligungen und Spitalneubauten aufkommen.

Unmöglich, dass sich in einem solcherart ineinander verflochtenen System mit in sich gespaltenen Akteuren eine objektiv rationale Sichtweise durchsetzen könnte. Selbst wenn es sie gäbe.

Eigentlich ist es erstaunlich, dass unser Gesundheitssystem trotz allem gut, verglichen mit andern Ländern sogar sehr gut funktioniert und keineswegs überbordende Kosten produziert. Überbordend sind allenfalls die Krankenkassenprämien – aber auch die hängen von sehr vielen Faktoren ab. Die meisten von ihnen sind nicht oder nur beschränkt oder nur gegen grosse Widerstände beeinflussbar.

Wir leben länger, aber nicht kostenlos

Ein Allgemeinplatz, den zwar jeder Gesundheitspolitiker seinem Votum voran oder beiseite stellt, dessen Auswirkungen er aber sogleich wieder vergisst: Die Lebenserwartung der Leute steigt seit Jahrzehnten an, immer noch. Will heissen: Das Durchschnittsalter derjenigen, die dank der Medizin am Leben bleiben, steigt an. Bald werden viel mehr Menschen alt und medizinbedürftig sein, als jung und gesund. Alt und gleichzeitig gesund wird ein immer seltenerer Zustand.

Mit andern Worten: Wir werden alt, bleiben aber nicht gesund, sondern sind lediglich geheilt von einer oder häufig mehreren Krankheiten. In Erwartung des nächsten Defekts, bis schliesslich die letzte Störung einsetzt, die dem Leben mit 80, 90 oder 100 Jahren ein Ende setzt. Dumm nur:



Richard Altorfer, Dr. med./Verleger, Jg. 1949, Vorstand Kant. Gewerbe-Verband.

Wir wissen nicht, welches die letzte, die vorletzte oder die vorvorletzte Krankheit ist. Dumm, weil sich, wenn man das wüsste, eine Menge Geld sparen liesse. Denn bei dieser allerletzten Krankheit gehts richtig ins Tuch. Da benötigen wir Ärzte und Spitäler am intensivsten. Die letzten Lebenswochen und -monate sind, man weiss es, die teuersten. Egal, ob wir im Alter von 20, 50 oder 100 das Zeitliche segnen.

Wiederum anders gesagt: Jeder wird irgendwann einmal teuer für die Gemeinschaft, weil jeder irgendwann sein letztes medizinische Gefecht führt, mit Hilfe modernster Technik und der besten Human Resources. Aber eben, auch bis zu diesem letzten Kampf benötigen fast alle von uns wiederholt und schliesslich permanent medizinische Hilfe – um so mehr, je länger wir leben.

Leiden am eigenen Erfolg

Fazit: Das Gesundheitswesen «leidet» an seinem eigenen Erfolg. Wenn wir diesen Erfolg bewahren oder gar ausweiten wollen, wird es in Zukunft unweigerlich mehr kosten. Den Erfolg geniessen – also trotz Krankheit länger leben – ohne dafür zu bezahlen, das geht leider nicht. Auch wenn der Zeitgeist andersherum tickt: alles, su-

bito, gratis! Wie gesagt: Würste man, welches Gefecht das letzte ist, liesse es sich vermeiden oder abkürzen oder mit günstigen medizinischen Waffen führen. Da man es nicht weiss, führt man den Kampf bis zum Ende mit vollem Einsatz. Dies sollte die Hauptbotschaft der Politiker sein (übrigens nicht nur im Gesundheitswesen, sondern genauso bei der Energie, der Mobilität, dem wirtschaftlichen Fortschritt, der persönlichen Sicherheit): Wer alles will, muss bezahlen. Punktum. Manchmal mit Geld, manchmal mit Einschränkungen.

Worüber diskutieren wir stattdessen? Über die Verteilung der Güter, über die Kosten und ihre Zuordnung – grundsätzlich möglichst weit von einem selber weg. Ärgerlich (aber irgendwie auch tröstlich) nur, dass die Kosten am Ende doch immer wieder im Bereich des eigenen Geldbeutels auftauchen. Ganz egal, wem man sie zuvor hat aufbürden wollen. Das Geheimnis dieses Phänomens ist eigentlich keines: Wir alle sind eben alles, wenn auch nicht alles gleichzeitig: gesunde Prämienzahler, Patienten, Steuerzahler, Dienstleister für Kranke, Dienstleister für Ärzte, Arbeitnehmer im Gesundheitswesen und noch manches mehr.

Das sind keine hilfreichen neuen Erkenntnisse? Stimmt. Sie sind trotzdem bemerkenswert, denn: Es gibt keine neuen.

Teil II: Den Kosten steht ein Nutzen gegenüber, aber ...

Es gibt keine neuen Erkenntnisse. Oder doch? Einen vielleicht nützlichen Hinweis aus – zugegeben subjektiver Ärztesicht – gibt es. Fast allem, das in der Medizin in Form von Kosten auftaucht, steht ein Nutzen gegenüber. Der Preis für eine Röntgenuntersuchung verwandelt sich in Erkenntnisgewinn über die Krankheit eines Patienten. Das Zytostatikum in Lebensjahre. Die Physiotherapie in Schmerzfreiheit, das High-Tech-Equipment einer Intensivstation in

Richtiges Instrument zur richtigen Zeit

Florian Hotz, Kantonsrat

Eine kritische Frage taucht bei Diskussionen um die Steuersenkungsinitiative häufig auf: «Wären die Initianten nicht in der Pflicht, genau zu benennen, wo gespart werden muss, wenn sie schon Steuersenkungen fordern?»

Wir Freisinnigen haben darauf zwei Antworten, die jedem einleuchten. Erstens: Bei Annahme der Steuersenkungsinitiative muss nicht gespart werden. Die Einnahmen nehmen gemäss Finanzplan weiter zu, einfach nicht im ursprünglich angedachten Ausmass. Somit muss das ständige



Florian Hotz, Jg. 1979, Dr. oec. und M.A. in Law, Kantonsrat.

Ausgabenwachstum schlicht gebremst und eingedämmt werden. Wir müssen mit dem auskommen, was wir haben. Nicht mehr und nicht weniger. Zweitens: Es steht dem Souverän zu, Grundsatzentscheide zu treffen. Beispielsweise dazu, welchen Anteil unseres hart erarbeiteten Einkommens wir in die staatliche Verfügungsgewalt abtreten wollen.

Ist dieser Entscheid einmal getroffen, sind Regierung und Verwaltung am Zug: Sie müssen mögliche staatliche Leistungen priorisieren und diese danach fokussiert und effizient bereitstellen. Kantonsrat oder Initianten haben kaum Möglichkeiten, die

Kosten von konkreten Vorhaben (beispielsweise Justizzentrum oder Neubau Kantonsspital) in einem frühen Stadium umfassend zu beeinflussen. Regierung und Verwaltung hingegen schon. Keiner kennt die Schwachstellen und Ineffizienzen im Staat so gut wie die Departementsvorsteher und die Chefbeamten. Es ist an ihnen, Vorschläge zu machen, um effizienter zu werden.

Wir Freisinnigen kämpfen für einen schlanken und effizienten Staat. Eine moderate Beschränkung bei den verfügbaren Einnahmen ist das einzig wirksame Mittel, unser gemeinsames Ziel zu erreichen.

Fortsetzung von Seite 2

Überlebenszeit. Grob gesagt: Unsere Krankenkassenprämien sind das Gegenstück zu den gewonnenen Lebensjahren und der hoffentlich gewonnenen Lebensqualität.

...leider nicht immer. Und ...

Wenn das die ganze Wahrheit wäre, könnten wir getrost aufatmen und uns gegenseitig anerkennend zunicken: Was wir leisten im Gesundheitswesen, kostet zwar viel, aber nicht mehr als der Nutzen wert ist, den es schafft. Doch leider: Unserem so erfolgreichen Gesundheitswesen werden immer mehr Kosten aufgebürdet, denen zwar ebenfalls Leistungen entgegen stehen – allerdings solche ohne medizinischen Nutzen. Der rahmig glänzende Kuchen aus Prämien-, Steuer- und privaten Geldern ist nämlich so verlockend gross, dass zahlreiche Dienstleister an ihn heranzukommen versuchen, die lediglich vorgeben, den medizinischen Nutzen zu vergrössern, deren Leistungsangebote mit dem medizinischen Nutzen jedoch wenig bis gar nichts zu tun haben.

... nicht alle, die profitieren ...

Die Rede ist hier nicht von Wellnessangeboten und Alternativmethoden oder der Pharma- und Apparateindustrie. Wir sprechen vielmehr von einem

Heer von Anbietern von Beratungsdienstleistungen. Hat beispielsweise das Schweizerische Gesundheitsobservatorium OBSAN je ausgerechnet, wie gross der Anteil am Gesundheitskuchen ist, der von Controllern, Care Managern, Consultants, Qualitätssicherern, Präventionsfachleuten, IT-Spezialisten, Sozialwissenschaftlern, Statistikern, BAG-Beamten usw. beansprucht wird? Zulasten derjenigen, die den eigentlichen Wert schöpfen in der Medizin – den Ärzten, Pflegenden, Therapeuten, Helfern aller Art? Hat sich jemand je die Mühe gemacht, den Nutzen all dieser eifrigen bis gierigen Begleiter zu messen? Das Präventionsgesetz und das Präventionsinstitut konnten gerade noch rechtzeitig gebodigt werden – gegen die Lobbyisten (auch innerhalb der FDP). Aber längst tun sich andere Felder auf, auf denen die medizinnahen Mit-Esser sich an den Kuchen heranpirschen.

Hat nicht vor kurzem die FMH selber die Gründung einer Schweizerischen Akademie für Qualität in der Medizin (SAQM) angekündigt? Wer die zugehörige Medienmitteilung gelesen hat, ist beeindruckt: Da wird auf wenigen Zeilen sichergestellt, weiterentwickelt, mitgestaltet, Verantwortung wahrgenommen, professionalisiert, einbezogen, gefördert, vernetzt,

koordiniert – zum Nutzen der Patienten natürlich – und all das fachübergreifend, institutionalisiert, wobei Synergien festgemacht, andere aktiv eingebunden, Qualitätsprojekte unterstützt werden, mit hehren Ziele wie Wissenstransfer, Qualitätskultur, Behandlungsqualität, Verankerung von Qualitätsfragen. Hinter den Worthüllen (etwas drastischer gesagt: klassischem Bullshit) wird eines erkennbar: Einmal mehr sucht sich hier eine Gruppe von nicht medizinisch Tätigen am leckeren Kuchen gütlich zu tun, den nur wenige backen. Es ist inzwischen ein riesiges Heer von Nichtmedizinerinnen (und leider auch einigen Ärzten), das die wenigen verbliebenen Mediziner und ihre Mitarbeiter/-innen, die ihrer eigentlichen Arbeit am und mit den Patienten nachgehen, lehren will, wie sie ihre sehr gute Arbeit noch besser machen können. Vor allem aber, um sie anzuleiten, ihre Arbeit für weniger Geld zu tun – auf dass genügend übrig bleibe für sie, die Heerscharen von Beratungsschmarotzern.

...schöpfen auch Wert

Ja, es ist eine subjektiv ärztliche (pflegerische, therapeutische) Sicht: Es sind immer weniger, die Wert schöpfen, und immer mehr, die davon profi-

tieren. Wenn der Politik etwas Vernünftiges zu tun bleibt, dann das: Jene, die Wert schöpfen vom unangemessen grossen Einfluss jener, die von Medizin meist nichts verstehen, noch nie einen Patienten angeschaut, geschweige denn behandelt haben, abzuschirmen. Das Verhältnis zwischen effektiver Arbeit und manchmal gut gemeinter, oft aber bloss billiger und eigenütziger Beratung umzukehren. Den die Politiker und Beamte umschwärmenden Lobbyisten der medizinischen Beratungsindustrie – nennen wir sie nicht «Mafia», denn ihr Wirken ist zwar überflüssig, aber legal – Grenzen zu setzen und nicht auf jeden ihrer gut tönenden Ratschläge hereinzufallen. Die Mediziner finden immer weniger Gehör, die Lobbyisten finden es allzu leicht. Wenn es irgendwo möglich ist und sich lohnt, zu sparen, ohne an Nutzen einzubüssen, dann bei all den Beratern, Instituten, Projekten, die unter schönen Namen wie Gesundheitsförderung, Vorsorge, Qualitätssicherung, Care Management usw. daherkommen. Eines kann man garantieren: Am «Outcome», also an dem, was für die Patienten letztlich und einzig zählt, würde sich dadurch nichts, aber auch gar nichts ändern.

*pitfall = Falle

Nein zum teuren Raumplanungsgesetz

Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) kaufen wir die Katze im Sack. Selbst seitens der Regierung tappt man hinsichtlich der Kosten im Dunkeln. Eine Kostenschätzung ermöglichen die Zahlen des Hauseigentümergebietes.

**Alain Illi, Vorstandsmitglied
Jungfreisinnige Schaffhausen**

Die Vorlage sieht vor, dass Bauland nur noch entsprechend des Bedarfs für 15 Jahre eingezont werden kann. Überschüssiges Bauland müsste wieder ausgezont und die Besitzer entsprechend entschädigt werden. Die Kosten tragen die Steuerzahler.

Bauland im Kanton

Um die Höhe der zu entrichtenden Entschädigungen abzuschätzen, lohnt sich ein Überblick über die eingezonte Fläche und den Bedarf des Kantons Schaffhausen: Die Baulandreserven des Kantons belaufen sich auf 326 ha. Davon sind 231 ha sofort und 55 ha innert fünf Jahren baureif. Der Rest von 40 ha wäre von einer Entschädigung kategorisch ausgenommen. Es geht also um das baureife bzw. innert kurzer Zeit erschliessbare Bauland von 286 ha.



Alain Illi, Jg. 1986, Software-Ingenieur ETH, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Schweiz.

Bedarf für 15 Jahre

Die Regierung geht von einem Wachstum von bis zu 6000 Personen aus. Der Hauseigentümergebiet (HEV) rechnet daher mit einem Wohnraumbedarf von zirka 160 ha.

Bis zu 250 Millionen Franken Entschädigungen

Um das Entschädigungspotenzial abzuschätzen, muss man den Wohnraumbedarf vom gesamten erschlossenen oder innert kurzer Frist erschliessbaren Land abziehen: 286 ha – 160 ha = 126 ha. Das bedeutet, maximal 126 ha müssten bei einer Annahme der Revision ausgezont und die Eigentümer entschädigt werden. Legt man nun einen Bodenpreis von 200 Franken pro Quadratmeter zu Grunde, ergibt das die stattliche Summe von 250 Millionen Franken.

Geht man davon aus, dass die 95 ha, die noch nicht erschlossen oder erst innert fünf Jahren baureif werden, nicht entschädigt werden müssen, kommt man – bei einem Quadratmeterpreis von 250 Franken – immer noch auf eine Summe von 175 Millionen Franken (230 ha – 160 ha = 70 ha). Das sind selbst im optimistischen Fall Beträge, die der Kanton schlicht nicht

zahlen kann. Neue Schulden wären die Konsequenz.

Mogelpackung Mehrwertbesteuerung

Nun würden die Befürworter entgegen, dass gemäss Vorlage der Planungsmehrwert einer Einzonung neu mit mind. 20 Prozent besteuert wird. Doch was bringt das einem Kanton wie Schaffhausen, der keine neuen Einzonungen vornimmt. Das Potenzial ist minimal und kann die zu erwartenden Entschädigungen nicht decken.

Nein zu horrenden Kosten

Dass die Schweiz ihr Land effizient nutzen soll, liegt auf der Hand. Das ist aber kein Grund, den Föderalismus auszuhebeln und teure Eingriffe ins Privateigentum vorzunehmen. Die Revision lässt zu viele Fragen offen und ist darum schlicht unberechenbar. Ein Nein zum RPG ist der richtige Weg für Schaffhausen.

Verschreiben wir dem Schaffhauser Bock eine Fitnesskur!

**Till Hardmeier, Mitglied Vorstand
JF Kanton SH, Grossstadtrat JF**

Wo steht der Kanton Schaffhausen im Kantonsvergleich? Schauen wir drei wichtige Dimensionen an:

1. Die Steuerbelastung der Kantonshauptorte: Für ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Einkommen von 70 000 Franken bezahlt man in der Stadt Schaffhausen 5450 Franken. In Zürich sind es rund 18 Prozent weniger – Frauenfeld und Aarau sind fast gleich günstig. Spitzenreiter wie Genf liegen weit unter 1000 Franken – kein Wunder rangieren wir in der Schlussgruppe der Kantone.

Singles mit dem gleichen Einkommen bezahlen 9100 Franken in Schaff-



Till Hardmeier, Jg. 1977, lic. oec. publ., Grossstadtrat, Vorstandsmitglied FDP Stadt Schaffhausen.

hausen. Zürich liegt 25 Prozent tiefer, Frauenfeld 9 Prozent und Aarau 11 Prozent. Auch hier sind wir nicht sehr attraktiv.

2. Ausgaben pro Kopf: Wir geben pro Einwohner stolze 14 000 Franken pro Jahr aus! Das ist abgesehen von zwei Kantonen mehr als alle anderen in der Deutschschweiz. TG liegt bei rund 11 000 Franken, auch SG oder AG liegen tiefer als wir. Weil die Ausgaben aus dem Ruder laufen, haben wir hohe Steuern und Gebühren.

3. Wachstum der Ausgaben: Mit durchschnittlich 3,5 Prozent Ausgabenwachstum ist SH auf dem zweit-schlechtesten Platz der Staatshaushalte in der Deutschschweiz. SG schafft 1,5 Prozent, der Schweizer Durch-

schnitt ist 2,5 Prozent. Auch hier kann etwas nicht stimmen, wenn der Staat schneller als die Teuerung wächst. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir sehen bei diesen drei Dimensionen, dass wir nicht mit den guten Kantonen mithalten können. Das kann doch nicht sein! Wir müssen uns nicht mit Zug oder Schwyz vergleichen, aber was die Thurgauer oder Aargauer schaffen, sollten wir auch können! Mit einem klaren Volksauftrag an die Regierung (siehe Kasten) müssen wir Steuerzahler den Kurs und die Attraktivität des Kantons selber in die Hand nehmen.

Unterstützen Sie deshalb unsere Volksinitiative «Steuern runter», die am 3. März vors Volk kommt.

Jungfreisinnige Schaffhausen

Ein Wort zu unserer Kampagne

**Christian Mundt, Co-Präsident
Jungfreisinnige Schaffhausen**



Christian Mundt, Jg. 1988, Wirtschaftsredaktor, Co-Präsident Jungfreisinnige Schaffhausen.

Wir Jungfreisinnigen meinen es ernst: Wir sind überzeugt, die von uns vorgeschlagene Steuersenkung ist möglich. Und sie ist auch nötig. Wir wollen unserem Anliegen zum Durchbruch verhelfen. Dies gelingt jedoch nur mit breiter Unterstützung – nämlich mindestens der Hälfte der Abstimmenden. In der Vergangenheit wurden wir oft wegen unseres Stils, der Art und Weise, wie wir auf uns aufmerksam machten, kritisiert. Auch – und besonders – innerhalb der freisinnigen Partei. Nicht vergessen ist die Steuersenkungsinitiative in der Stadt. Damals forderten wir eine 15-prozentige Steuersenkung. Als unverhältnismässig, übertrieben wurde die Forderung regelrecht abgekanzelt, sowohl von links wie rechts. «Hättet ihr doch nur zehn Prozent gefordert» und «wärt ihr nicht so aggressiv aufgetreten» waren nach dem Achtungserfolg (mehr als 45 Prozent Ja-Stimmen) entschuldigende Worte für die mangelnde Unterstützung, besonders aus bürgerlichen und freisinnigen Kreisen. Diesmal haben wir darum alles anders gemacht. Diesmal haben wir uns den einen oder anderen Ratschlag profilierter Vertreter

der Mutterpartei zu Herzen genommen. Damit uns alle unterstützen können. Damit sich niemand ab stillösen Plakaten aufregen muss. Kurz, damit alle freisinnig Denkenden mit gutem Gewissen am 3. März das Ja zur Steuersenkung in die Urne werfen können.

Unsere Plakate sind diesmal ganz einfach gehalten. Gross geschrieben steht «Steuern runter» und das obligatorische «Ja». So heisst unsere Initiative, mit einem Ja wird sie angenommen. Etwas kleiner sind Sätze von kritischen Bürgern geschrieben. Sie



sollen zum Nachdenken anregen: Jetzt ist doch ein guter (nein, der einzig richtige) Zeitpunkt, um Mittelstand und Gewerbe zu entlasten. Wann, wenn nicht jetzt, wo rund herum die Wirtschaftskrise tobt? Oder die ständige und überall beklagte Abwanderung von Jungen stoppen. Nur: Wer pendelt jeden Tag von Zürich nach Schaffhausen, wenn er hier noch mehr Steuern abliefern muss? Wieso nicht eine Wohnung im ebenso nahen Flurlingen nehmen, wenn die Steuerrechnung damit um ein paar hundert oder sogar tausend Franken kleiner ausfällt?

Viele Bürger wissen aus eigener Erfahrung oder zumindest von Freunden und Bekannten, dass beim Staat noch einiges an Optimierungspotenzial vorhanden ist. Es muss nur endlich genutzt werden – dazu braucht es den Druck des Volkes. Und schliesslich gilt es, die Ausgabendisziplin zu fördern. Solange Geld vorhanden ist, wird es ausgegeben. Der Stimmbürger hat es nun in der Hand.

Wir hoffen und wollen mit unserer Kampagne alle ansprechen. Nicht provozieren, überzeugen ist hier das Motto. Bereits formiert sich breiter Widerstand, überall gibt es jemanden, der Angst um sein Pösteli oder sein Sonderzügli hat. Doch statt Einzelinteressen sollten alle profitieren – darum die Steuersenkung, die allen gleichermassen hilft.

Wir sind überzeugt, die Abstimmung ist zu gewinnen. Entscheidend ist lediglich, die Bürger davon zu überzeugen, dass die Steuersenkungen machbar sind, auch ohne Kahlschlag. Entgegen den Worten der Regierung führt die Initiative nicht zu einem «Kaputtsparen», ja nicht einmal überhaupt zum Sparen. Es reicht bereits, wenn die Ausgaben statt der durchschnittlich mehr als drei lediglich um 2 Prozent pro Jahr wachsen. Liebe Freisinnige, bitte helfen Sie mit, die Schaffhauser von dieser richtigen und wichtigen Sache zu überzeugen. Vielen Dank!

Ausgabenwachstum 1990 bis 2011

